
Der Wandel von der ‚Sozialdemokratischen Geborgenheit‘¹ zur ‚Neuen Unsicherheit‘ – Eine vernachlässigte Ursache der Stagnation

Gunther Tichy

Die internationalen Organisationen Währungsfonds und OECD, aber auch die Kommission der EU führen die Stagnation der europäischen Wirtschaft vor allem auf überhöhte Sozialausgaben und zu geringe Flexibilität zurück. Nun ist nicht zu leugnen, dass gerade die großen europäischen Staaten die Periode raschen Wirtschaftswachstums, in der sie einen erheblichen Teil ihres Produktivitätsrückstands gegenüber den USA aufholten, nicht zu einer Anpassung von Sozialsystemen und Regulierung an die neuen Bedingungen des vervielfachten Wohlstands nutzten; der daraus resultierende Reformstau ist aber bloß eine, keinesfalls die wichtigste und – wie im Folgenden gezeigt wird – bloß indirekte Ursache der europäischen Stagnation. Die wichtigsten Ursachen sind zweifellos die falsche, zu restriktive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, Folge ihres zu ambitionierten Preisstabilitäts-Ziels, sowie die kontraproduktive Maastricht-Regelung, die die Staaten zu einer prozyklischen Fiskalpolitik zwingt;² die Schwächen der europäischen F&E-Politik dürfen gleichfalls nicht übersehen werden.³ Hier soll eine weitere wichtige Erklärung, die ‚Neue Unsicherheit‘ aufgezeigt und deren Verursachung untersucht werden.

1. Steigende Verunsicherung bei steigendem Wohlstand

Dass Wohlstand und Lebensqualität in den vergangenen vierzig oder fünfzig Jahren gestiegen sind, steht außer Zweifel: Die Realeinkommen pro Kopf haben in Österreich seit 1965 auf mehr als das Zweieinhalbfache zugenommen, die Freizeit ist nach Umfragen von IMAS (2002b) zwischen 1979 und 2002 von 3 Stunden auf 4³/₄ Stunden pro Tag gestiegen, die Lebenserwartung (bei Geburt) zwischen 1965 und 2000 von 66¹/₂ auf 75¹/₂ Jahre für Männer und von 73 auf 81 Jahre für Frauen; die Umwelt ist im Allgemeinen sauberer geworden,⁴ die Zahl der Wohnungen ohne Lärmbelastigung hat von 50% im Jahre 1970 auf 72% im Jahre 1998 zugenommen. Die Sozialquote (Anteil der Ausgaben für Sozialversicherung

am Sozialprodukt) ist von 19,8% (1965) auf 27,0% (1985) und 28,2% (2000) gestiegen.

Trotz der markanten Steigerung von Einkommen, Freizeit, Lebenserwartung und Absicherung fühlen sich die Österreicher jedoch offenbar stärker verunsichert als je zuvor und haben den dringenden Wunsch nach noch stärkerer Absicherung: Einerseits scheuen sie nicht die Kosten verstärkter Absicherung: Für Privatversicherungen (ohne Auto) haben sie rund 25-mal so viel ausgegeben (Bruttoprämien) wie 1970, und für 60% ist soziale Sicherheit sehr wichtig.⁵ Andererseits zeigt sich die Verunsicherung auch an ihren Einstellungen: 52% der Österreicher glauben, dass sich wichtige weltweite Veränderungen auf sie persönlich auswirken, und 12% lehnen diese Änderungen explizit ab; 26% glauben, mit ihnen nicht Schritt halten zu können, und bloß 30% sehen darin laut Eurobarometer 54.2 persönliche Chancen oder eine Verbesserung ihrer Lebensqualität; 54% der Befragten⁶ erscheint der technische Fortschritt gemäß IMAS (2001) zu rasch. „Konservativ-absichernde“ Begriffe wie „Sicherheit“, „Heimat“, „Ordnung“ und „Stabilität“ sind rund 80% der Österreicher sympathisch, „dynamische“ Begriffe wie „Wettbewerb“ und „Leistungsstreben“ bloß knapp über 50%; die mit mutmaßlichen Bedrohungen verbundenen Begriffe „Genforschung“ (21%), „Islamismus“ (20%) und „Kernenergie“ (14%) sind laut IMAS (2002a) die am wenigsten sympathischen. Nur 28% der Österreicher waren gemäß Eurobarometer 58 (2001) mit ihrem Leben sehr zufrieden, 14% gar nicht. Mehr Österreicher in der Altersgruppe über dreißig glauben laut IMAS (1999), dass es ihnen in den siebziger Jahren besser gegangen ist als in den neunziger Jahren – ‚subjektiv‘ hat offenbar nicht bloß die Verunsicherung zugenommen, sondern (dadurch?) auch die Lebensqualität gelitten.

In den anderen europäischen Staaten erscheint die Situation bloß wenig anders, doch zeigt sich ein interessantes Muster: In den nordischen Staaten zeigen die Eurobarometer-Daten merklich geringere Verunsicherung und Unzufriedenheit, in den großen Drei – Deutschland, Italien und Frankreich – hingegen erheblich stärkere.⁷ Vieles spricht dafür, dass die europaweite Verunsicherung eine Folge der Strukturbrüche der letzten dreißig Jahre ist und sich die Unterschiede zwischen den Ländern aus der je unterschiedlichen Betroffenheit von diesen Strukturbrüchen und der Reaktion der Wirtschaftspolitik darauf erklären lassen: Dort, wo der unvermeidliche Umbau konsequent und sozial abgesichert erfolgte, konnte die Verunsicherung in Grenzen gehalten werden. Ein Test dieser Hypothese bedürfte umfassender Fallstudien der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder, die den Rahmen dieses Beitrags sprengen würden. Hier kann bloß versucht werden, den Wandel im österreichischen Wirtschaftssystem nachzuzeichnen und seine Ursachen zu verfolgen.

2. Die ‚Sozialdemokratische Geborgenheit‘ der sechziger Jahre

Der gesellschaftliche und institutionelle Wandel in Österreich lässt sich durch einen Vergleich der Wirtschaftslage der sechziger mit derjenigen der achtziger und neunziger Jahre illustrieren. Das „Magische Fünfeck“, die Kombination der Ziele Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und Verteilungsgerechtigkeit, war unter der Ägide des Keynesianismus bis in die siebziger Jahre anerkanntes Ziel der Wirtschaftspolitik; anerkannt nicht bloß von so gut wie allen Bevölkerungsgruppen,⁸ sondern gleichermaßen von der Wissenschaft.⁹ Der Ausspruch „We are all Keynesians now“ wird unzähligen Urhebern, vom Monetaristen M. Friedman bis zu den Präsidenten Carter und Nixon, zugeschrieben. Die gleichmäßige Verfolgung der vielfach konfligierenden Ziele des Magischen Fünfecks war institutionell abgesichert, in Deutschland etwa durch den Sachverständigenrat (1963 gegründet) und das Stabilitätsgesetz (1967), in Österreich durch den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (Ende 1963 eingerichtet). Seine Ziele wurden in einem heute fast unvorstellbarem Maße auch tatsächlich erreicht: In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wuchs das Brutto-Nationalprodukt mit einer jährlichen Rate von fast 5%, Inflationsrate ($2\frac{3}{4}\%$) und Arbeitslosenquote ($2\frac{1}{2}\%$) waren niedrig; inzwischen (Durchschnitt 2000/2003) ist die Wachstumsrate auf $1\frac{1}{2}\%$ gesunken, die Arbeitslosenrate auf 4% (EU-Definition) gestiegen. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass der hohe Zielerreichungsgrad der sechziger Jahre nicht zuletzt Folge des Aufholprozesses nach den Verlusten durch die Weltwirtschaftskrise und zwei Weltkriegen war.¹⁰

Anders als heute, unterschied man in den sechziger Jahren deutlich zwischen Wachstum und Verteilung; Verteilungskonflikte hielten sich in engen Grenzen, weil der technische Fortschritt positiv und einkommenssteigernd eingeschätzt wurde (‚Verwertungsoptimismus‘), die Unternehmervorgewinne (damals zu Recht) primär als Finanzierungsinstrument der Investitionen für den Wiederaufbau anerkannt wurden, die Einkommens- und vor allem Vermögensunterschiede noch relativ klein waren und der Wohlfahrtsstaat außer Streit stand. Daraus resultierte ein relativ großes Maß an sozialer Harmonie und ein ausgeprägter Optimismus, wenn nicht Fortschrittseuphorie.¹¹ Man war fest überzeugt, dass es den Kindern besser gehen würde, Gefahren wurden primär als Risiken gesehen, die die Chancen zwar mindern können, sie aber nicht überkompensieren. Die Sozialversicherung diente der Absicherung der bei den damals noch niedrigen Einkommen individuell nicht absicherbaren Risiken, wobei einzig die Definition strittig war.¹² War es für die Arbeiterbewegung ein „weit gefasster, ‚positiver‘ Gesundheitsbegriff als strategische Grundkonzeption unter voller Berücksichtigung der gesellschaftlich bedingten Verursachung der meisten Gesundheitsbeeinträchtigungen und deren ungleicher Sozialver-

teilung“, so galt für die Kapitalgruppen, den Mittelstand und die politischen Eliten ein „eng gefasster ‚negativer‘ Krankheitsbegriff als strategische Grundkonzeption, [ein] lohnkompensatorischer und kurativer Ansatz des Versorgungssystems“.¹³

Anders als Wachstum und Vollbeschäftigung waren Lebensqualität und Sicherheit in der Alltagssprachlichen Bedeutung der Begriffe in den sechziger Jahren kein explizites Thema der Diskussion. Lebensqualität war durch das Magische Fünfeck und den Wohlfahrtsstaat weitgehend abgedeckt, und die Diskussionen über Arbeitszeitverkürzung oder Arbeitnehmer-Mitbestimmung erfolgten eher unter dem Titel Verteilung und Demokratie als unter dem der Lebensqualität. In Bezug auf physische Sicherheit erwartete man eine Abnahme der Kriminalität mit zunehmendem Massenwohlstand; eine Ablösung der Armutskriminalität durch Wohlstandskriminalität erschien damals unvorstellbar. Soweit Umweltprobleme wahrgenommen wurden (z. B. Smog), nahm man sie im Interesse der Wohlstandssteigerung in Kauf, soweit man sie nicht durch *End of pipe*-Technologien, vor allem höhere Schornsteine, mildern konnte.

3. Ursachen des Systemwandels

Die Bürger – einschließlich der meisten Wissenschaftler – scheinen in den sechziger Jahren weitgehend zufrieden gewesen zu sein, doch unterschwellig bereitete sich der Mentalitätsbruch von 1968,¹⁴ der Wachstumsbruch der frühen siebziger Jahre und die Polarisierung der Ideologien vor, die zu dem führte, was Habermas (1985) als „Neue Unübersichtlichkeit“ bezeichnet. Unter den Ursachen des Systemwandels ist weltweit der Paradigmenwechsel hervorzuheben, in den meisten europäischen Staaten der endogene Systemwandel, der – gemeinsam mit einer Polarisierung der Konzepte und markant unterschiedlichen Lösungsvorschlägen – zu inkonsistenter, verunsichernder Wirtschaftspolitik führte.

3.1 Der weltweite Paradigmenwechsel

Der weltweite Paradigmenwechsel verlief auf vier sehr unterschiedlichen Ebenen: In zeitlicher Reihenfolge kam es zuerst zu einer Kritik am Wirtschaftswachstum und zu dessen Neubewertung; es folgte der Zusammenbruch des internationalen Weltwährungssystems und dessen Neugestaltung, der Durchbruch neokonservativer Ideologien und markteuphorischer Wirtschaftspolitik sowie eine Neubewertung des technischen Fortschritts. Schon die Tatsache, dass die beiden mittleren Konzepte Märkte in das Zentrum ihrer Überlegungen stellen, die beiden anderen hingegen markante Grenzen der Marktmechanismen aufzeigen, lässt eine Polarisierung der Konzepte und verunsichernde Nebenwirkungen erwarten.

Die Debatte über die Grenzen des Wachstums erlangte, nach vereinzelten wissenschaftlichen Beiträgen in den sechziger Jahren,¹⁵ allmählich Breitenwirkung: Der Club of Rome,¹⁶ eine Gruppe europäischer Laien, beauftragte 1968 ein amerikanisches Forschungsteam, die Grenzen des Wachstums wissenschaftlich zu untersuchen.¹⁷ Die Studie erwies sich in zweifacher Hinsicht als bemerkenswert: Erstens war sie die erste empirische Anwendung der unmittelbar vorangegangenen wissenschaftlichen Innovation der empirischen Systemtheorie;¹⁸ zweitens wirkte ihre Veröffentlichung als Schock, der eine lange und breite öffentliche Diskussion auslöste. Obwohl sich die meisten Ergebnisse nachträglich als falsch herausstellten und Ressourcenmangel als Wachstumshemmnis von den traditionellen Volkswirten schon damals vielfach bestritten wurde,¹⁹ trug sie maßgeblich zum Wandel der öffentlichen Meinung bei. In einer zweiten Welle wurden Begrenzungen des Wachstums durch Emissionen i. w. S. sowie der Aufnahme- und Verarbeitungskapazität der natürlichen Systeme thematisiert,²⁰ in weiterer Folge „die Sozialen Grenzen des Wachstums“.²¹ Ironischerweise verschwanden viele dieser Überlegungen wieder – aus der Politik wie aus der öffentlichen Debatte –, als die zunächst so dringend geforderte Wachstumsverlangsamung (aus anderen Gründen) tatsächlich eintrat; das ändert jedoch nichts daran, dass die Diskussion nicht nur damals tiefe Verunsicherung auslöste, sondern auch heute noch Unsicherheit in Bezug auf Wachstumspolitik erzeugt: Innerhalb einer Generation hatte die Einschätzung von Wachstum vom Allheilmittel zum Buhmann gewechselt, und noch heute spaltet sie die Bevölkerung in zwei weltanschauliche Lager.

Der zweite Paradigmenwechsel betraf das Weltwährungssystem. Die Debatte um seine Gestaltung hatte schon die sechziger Jahre geprägt, als bewusst wurde, dass die ausreichende Versorgung mit internationaler Liquidität im sogenannten Bretton Woods-System fester Wechselkurse laufender US-Zahlungsbilanzdefizite und damit laufend steigender Verschuldung der USA bedarf, was dem Vertrauen in den Dollar natürlich nicht dienlich war.²² Die daraus resultierende Asset-Umschichtung vom Dollar in Gold und D-Mark erschöpfte die US-Reserven rasch, sodass Nixon 1971 die Goldeinlöschungspflicht aufheben musste; nicht bloß der Übergang vom Goldstandard zu dem neuen System der flexiblen Wechselkurse verunsicherte die Weltwirtschaft, das neue System selbst verursachte Instabilität und weitere Verunsicherung durch stark schwankende Kurse. Daraus resultierte ein massiver Druck der Exportwirtschaft, der zunehmend regulierende Eingriffe zwecks Bindung der Wechselkurse erzwang.²³ Weiters löste die Instabilität eine intensive wissenschaftliche Diskussion um die Vor- und Nachteile marktmäßig frei schwankender Wechselkurse aus, die letztlich zur Akzeptanz des Konzepts des Optimalen Währungsgebiets führte; dieses hatte Mundell schon 1961 konzipiert und damit die theoretische

Basis für die Europäische Währungsunion gelegt, eine der wichtigsten, in der Übergangsperiode allerdings verunsichernde Systemänderungen des vorigen Jahrhunderts.²⁴ Wiederum musste man in einer Generation zuerst mit der Wechselkurspekulation im Goldstandard, dann mit den stark schwankenden marktmäßigen Wechselkursen, dann mit Währungsbindungen und zuletzt mit dem völlig neuen Konzept einer überstaatlichen neuen Währung zurecht kommen, die viele Experten zunächst als wenig dauerhaft ansahen.

Die intellektuelle Basis der Neokonservativen Revolution, der dritten Schiene des weltweiten Paradigmenwechsels, war von M. Friedman (1959) und F. A. Hayek (1960) schon lang zuvor geschaffen worden, doch rezipierten sie Medien, Öffentlichkeit und Politik (Reagan, Thatcher) erst in den achtziger Jahren. Die wirtschaftspolitische Praxis des Neokonservatismus prägten nicht bloß Deregulierung und Privatisierung, sondern auch Beschränkung der Umverteilung nach unten²⁵ und Dominanz der Finanz- über die Gütermärkte. Mit der Durchsetzung der neuen Ideologie verdrängte der „Kasinokapitalismus“ (Strange 1986) in überschießender Reaktion die ‚Sozialdemokratische Geborgenheit‘; die neunziger Jahre waren in weitere Folge durch die Euphorieblase der ‚New Economy‘ geprägt, die ersten Jahre des neuen Jahrtausends durch den Katzenjammer der Börsenkrise – die Verunsicherung hatte nun auch auf Banken und Unternehmer übergegriffen.

Unmittelbarer Ausfluss der Neokonservativen Revolution war die Kontroverse über die Position des Staates relativ zum Markt. Sie hat zwar unnötige Polarisierung ausgelöst, zugleich allerdings auch wichtige Aspekte des Staatsversagens herausgearbeitet: Die Überforderung des Staates durch Aufgaben, die er nicht – oder zumindest nicht befriedigend – bewältigen konnte (Crozier 1975), eine Verkalkung der Strukturen und Institutionen (Olson 1982), aber auch „*shifting involvements*“ (Hirschmann 1982), Überschätzung der Mängel des jeweils Bestehenden und der Vorteile der Alternativen. Auf dieser Basis entstand eine breite Literatur über Deregulierung und Reregulierung als ordnungspolitische Instrumente,²⁶ deren Vorteile aber auch deren Nachteile, die inzwischen deutlich erkannt worden waren.²⁷

Wie der Paradigmenwechsel in Bezug auf das Wachstumsziel resultierte auch die Neubewertung des technischen Fortschritts weniger aus neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen als aus gesellschaftlichen Entwicklungen, in diesem Fall aus dem Bruch des Fortschrittskonsenses.²⁸ Gegen Ende der sechziger Jahre, die noch voll Enthusiasmus über die Segnungen der Technik²⁹ und das Sicherungssystem der Wissenschaft waren, begannen sich große Teile der Öffentlichkeit vor den Folgen der Technik zu ängstigen; diese Ängste wurden durch dramatische Unfälle vielfach verstärkt.³⁰ Naturwissenschaft/Technik und Politik hielten hingegen an ih-

rer Fortschrittsgläubigkeit fest.³¹ Die sozialwissenschaftliche Analyse dieses Bruchs förderte eine Vielzahl von Ursachen zutage: Zunächst die drastische Übertreibung des Potenzials moderner Technologien – vor allem der Atom- wie später der Biotechnologie – durch ihre Protagonisten wie durch ‚Think Tanks‘.³² Dann die Enttäuschung, dass die Technik die von ihr ausgelösten Erwartungen nicht erfüllen konnte. In weiterer Folge das Gefühl eines Politikversagens: mangelnde Erfüllung der in die Politik gesetzten Sicherheitserwartungen³³ und Vertrauensvorgaben, Unfähigkeit, der Gesellschaft ausreichenden Schutz zu gewährleisten;³⁴ dementsprechend Suche nach den ‚Schuldigen‘. Die wohl wichtigste Ursache wurde inzwischen aber als tiefer liegend erkannt: Es ist eine ‚moralisch‘ fundierte Revolte gegen das Weltbild der modernen Wissenschaft. Für die Wissenschaft wirft eine – selbst tief greifende – „Veränderung der Natur durch den Menschen ... keine moralischen Fragen auf. ... Im Weltbild der bürgerlichen Gesellschaft wird die Person zum alleinigen Träger der Wert- und Sinnhaftigkeit der Welt. Autonomie wird der höchste Wert, und inhaltliche moralische Bindungen des Verhaltens werden tendenziell durch Freiheiten ersetzt, ... Die gegenläufige Tendenz der ‚Fundamentalisierung‘ stellt dem Ressourcenkonzept von Natur einen remoralisierten Naturbegriff gegenüber, erneuert gegenüber der Moral der Freiheit, absolute gleichsam mit Tabucharakter versehene moralische Forderungen ...“³⁵ „Man kann die Moralisierung der menschlichen Natur auch soziologisch deuten, als Versuch, die steigende Komplexität unserer Lebensverhältnisse überschaubar zu halten, und das Aufbrechen immer neuer Handlungs- und Entscheidungszwänge abzuwenden. ... Normalerweise kann man dafür auf die institutionellen Ordnungen (...) vertrauen, die Handlungssituationen vorstrukturieren, ... [S]tellt [man] gleichzeitig in Rechnung, dass in modernen Gesellschaften die Orientierungsleistungen kultureller Institutionen abnehmen, so wird die Wende zur Natur verständlich.“³⁶

Diese Neubewertung des technischen Fortschritts trug vermutlich mehr zur Verunsicherung der Bevölkerung bei als die drei anderen weltweiten Tendenzen, weil hier, wie auch bei der Neubewertung des Wachstumsziels, die Schocks der Industrieunfälle und Katastrophenszenarien der populär-visuellen Literatur³⁷ einer breiten Bevölkerungsschicht ein apokalyptisches Gefahrenpotenzial signalisierten. Vor allem aber stellte die Kombination der vier weltweiten Paradigmenwechsel die meisten Entscheidungsgrundlagen von Konsumenten und Investoren in Frage und erzwang deren mehrfachen Wechsel innerhalb einer Generation. Die Polarisierung der Wissenschaft, exemplifiziert an der Konfrontation von Experten und Gegenexperten, trug zur Unklarheit der Weltsicht wohl nicht unerheblich bei.³⁸

3.2 Endogener Systemwandel

Der weltweite Paradigmenwechsel wirkte sich auf die einzelnen Länder unterschiedlich aus, teils infolge unterschiedlicher Ausgangslage, teils infolge unterschiedlicher Umsetzung. Für Österreich, ebenso wie für Deutschland, war die für den Übergang von der ‚Sozialdemokratischen Geborgenheit‘ zur ‚Neuen Unsicherheit‘ wohl wichtigste Besonderheit das Ende des rund fünfprozentigen Aufholwachstums an der Wende von den sechziger zu den siebziger Jahren. Die hohen Wachstumsraten des ‚Wirtschaftswunders‘ der sechziger Jahre – Folge der rund fünfzigjährigen Stagnation zuvor³⁹ – konnten zwar von der Theorie damals nicht befriedigend erklärt werden, wurden aber von der Öffentlichkeit wie von der Politik als ‚normales‘, dauerhaft gleichgewichtiges Wachstum empfunden; dementsprechend wurde die Verlangsamung nach der Ölkrise als bloß vorübergehend angesehen,⁴⁰ und die erforderlichen Anpassungen, vor allem in der Staatsausgaben-, Verteilungs- und Sozialpolitik, unterblieben. Das Ausbleiben der ‚Normalisierung‘ durch Rückkehr zum raschen Wachstum hatte eine nachhaltige Verunsicherung vor allem der Träger der Wirtschaftspolitik ausgelöst.

Grenzen des selbsttragend-raschen Wachstums der sechziger Jahre wären – in Österreich wie überall anders – allerdings auch ohne den systemexogenen Faktor der Ölkrise erreicht worden; das System war allenthalben an Grenzen gestoßen, an Kapazitätsgrenzen wie an Umverteilungsgrenzen, und bei Angebot wie Nachfrage hatten sich Strukturprobleme aufgebaut, denen sich die Politik bloß zögernd und unsystematisch stellte, laufend von unzähligen Rückziehern unterbrochen.

Kapazitätsgrenzen machten sich bereits in den frühen siebziger Jahren bemerkbar: Arbeitslosenraten unter 1% im Sommer – trotz hoher Beschäftigung von Gastarbeitern – zeigten, dass das Vollbeschäftigungspotenzial überschritten war, ein Inflationspotenzial drohte sich aufzubauen. Eine scharfe Kontroverse über die Kompatibilität der traditionellen Ziele setzte ein. Konservative Volkswirte waren schon lange darüber besorgt gewesen, dass das Ziel der Preisstabilität im Zielbündel des Magischen Fünfecks seine Priorität verloren hatte; die Stagflation der späten siebziger Jahre schien zu bestätigen, dass mangelnde Preisstabilität die Erreichung der übrigen Ziele gefährdete und trug zum Emporkommen des Monetarismus erheblich bei.⁴¹ Die Diskussion ist bis heute nicht entschieden. In der Frage des *trade off* von Wachstum/Beschäftigung und Preisstabilität stehen die Meinungen der Schulen einander unversöhnt gegenüber, und es ist auch keineswegs klar, wieweit die Ziele des Magischen Fünfecks tatsächlich an Bedeutung verloren haben: Einerseits erlangte Preisstabilität in der angewandten Wirtschaftspolitik der achtziger und neunziger Jahre tatsächlich einen merklich höheren Stellenwert; Vollbeschäftigung und Umverteilung dürften unter der Entsolidarisierung gelit-

ten haben – für den Einzelbürger sind offenbar eigene Beschäftigung und eigene Sicherheit – als Vermögenssicherung wie als Beitrag zur Lebensqualität – wichtiger denn je. Andererseits ist zwar das Ziel der Einkommenssteigerung möglicherweise hinter dem der Lebensqualität leicht zurückgefallen, doch scheint Wachstum – außerhalb der Europäischen Zentralbank – nach wie vor als zentrales Ziel und Voraussetzung für die Linderung anderer Zielkonflikte zu gelten; eine breite Diskussion über die Folgen der Wachstumsverlangsamung und der Strukturbrüche sowie über die Problematik der steigenden Komplexität des Systems fehlt jedoch weitgehend.

Neben der allokativen Funktion des Staats stieß auch seine distributive Funktion an Grenzen. Das folgte zwangsläufig daraus, dass die, durch höhere Beschäftigung und höhere Einkommen verbesserten, Möglichkeiten der Selbstvorsorge nicht zum Umbau des Wohlfahrtsstaats, sondern zu seinem linearen Ausbau genutzt wurden; partielle Überversorgung wie strategische Nutzung („Sozialschmarotzer“) waren die unvermeidliche Konsequenz. Die Kontroverse über die Grenzen des Wohlfahrtsstaats litt allerdings sowohl darunter, dass „[d]er Begriff des Wohlfahrtsstaates keine präzise Bedeutung“ hat,⁴² als auch darunter, dass sie ungemein viel-schichtig ist: Die Normalisierung des Wachstums und die höhere Arbeitslosigkeit belasteten die Staatsfinanzen und trieben die Kosten des Wohlfahrtsstaats in die Höhe; die kommende Alterung der Gesellschaft verschärft dieses Problem. Andererseits lassen die deutlich höheren Einkommen (der Beschäftigten) die öffentliche Absicherung mancher der wohlfahrtsstaatlichen Risiken für erhebliche Teile der Bevölkerung weniger dringlich erscheinen; konservative Analytiker sehen darin Notwendigkeit wie Chance eines Übergangs zu weitgehender Selbstvorsorge. Ein Übergang von der Umlagefinanzierung zur Kapitalstockdeckung würde nach ihrer Ansicht zugleich die Kapitalmärkte verbreitern und das Wachstum forcieren.⁴³ Das wird von anderen heftig bestritten;⁴⁴ auch über-sieht diese Argumentation, dass zunehmende Risiken in allen Ländern zu zunehmender staatlicher Absicherung führen, wie Rodrik (1998) an Hand der außenwirtschaftlichen Risiken dargestellt hat. Es ist daher kein Zufall, dass die Frage nach der Zukunft der Sozialversicherung, vor allem der Pensionen, gerade in einer Periode zunehmender Verunsicherung zu einem zentralen Diskussionsthema und zu einer ernsten Sorge der Betroffenen wurde. Verunsichernd wirkt dabei vor allem, dass die angebliche Unfinanzierbarkeit der sozialen Absicherung aus ideologischen Motiven wie aus massenmedialer Dramatisierungsstrategie übertrieben wird und die von der Politik angebotenen Lösungsansätze dem nicht entgegenhalten, weil sie primär die kurzfristige Finanzierbarkeit und nicht den Gesamtaspekt der langfristigen Absicherung im Auge haben.

Grenzen des Wachstums wurden in den siebziger Jahren aber auch da-

durch erreicht, dass der Strukturwandel(-bruch) von der Schwerindustrie zu Leichtindustrie und Dienstleistungen, Folge der neuen Nachfragestruktur und der Konkurrenz von Niedriglohnländern, von der Wirtschaftspolitik nicht zur Kenntnis genommen wurde – die alten Strukturen wurden massiv gestützt –, was einen traurigen, die Beteiligten verunsichernden Verfallsprozess nicht vermeiden konnte.⁴⁵ Die Kumulierung von Anpassungserfordernissen als Folge des Strukturwandels gemeinsam mit geschwächten Anpassungspotenzialen, einerseits durch Erstarrung (Verkalkung) der Strukturen,⁴⁶ andererseits durch vergangene Erfolge, ließen den Optimismus der sechziger Jahre rasch schwinden, führten zu Verunsicherung (Eurosklerose) und zu verstärktem Streben nach Absicherung.

Die wirtschaftlichen Erfolge der sechziger Jahre änderten über die Struktur des Angebots hinaus auch die Struktur der Nachfrage, was vielfach als Wertewandel interpretiert wurde: Steigender Wohlstand machte den Konsum zunehmend gestaltbar, man gewann Spielraum, sich nicht unmittelbar Nötiges leisten zu können. Zunehmend erschien das, was man hatte, als weniger erstrebenswert als das, was man (noch) nicht hatte,⁴⁷ „*shifting involvements*“ gewannen somit an Bedeutung und generierten Unzufriedenheit und Instabilität der Nachfrage in Bezug auf Höhe und Struktur. Besonders erstrebenswert erschienen nun auch der breiten Masse Positionsgüter, Güter deren Wert primär darin liegt, dass andere sie nicht haben; das Streben nach solchen Gütern schafft „soziale Grenzen des Wachstums“:⁴⁸ Es führt zwangsläufig zu Enttäuschungen, da Positionsgüter immer dann, wenn sie für den Durchschnittskonsumenten erreichbar werden, zwangsläufig nicht mehr Positionsgüter und damit auch nicht mehr erstrebenswert sind.⁴⁹ Die zunehmende Differenzierung von Vermögen, Einkommen und Konsumstruktur, die steigende Zahl von Gastarbeitern und die auch hier wirksamen „*shifting involvements*“ ließen die sozialen Gegensätze wachsen und enttäuschten die Aufstiegshoffnungen großer Gruppen. Die forcierten – im Endeffekt aber nicht sonderlich erfolgreichen – Bemühungen der Politik der sechziger Jahre um Abbau der Ungleichheit (Umverteilung, Gesamtschule, Gleichstellung der Frauen etc.), von Hierarchien und Autoritätsverhältnissen trugen indirekt zur Differenzierung bei: einerseits durch Mobilisierung von Gegenbewegungen, andererseits durch Eröffnung von Freiheitsspielräumen, die vielfach zum Verlust von Bindungen (Ligaturen im Sinn von Dahrendorf (1992) 41ff) und Rollensicherheit führten.

3.3 Inkonsistente Wirtschaftspolitik als Folge der Polarisierung der Konzepte

Die geänderte Umwelt, die Strukturbrüche und die Differenzierung der Rollenverständnisse der Bürger führten zu markant unterschiedlichen Lösungsvorschlägen zur Überwindung der neuen Probleme. Die „Sozialde-

mokratische Geborgenheit' und der soziale Ausgleich der sechziger Jahre, die auf der Neoklassischen Synthese und auf korporatistischen Elementen beruhten, waren elitistisch-expertokratisch: Das Schwergewicht lag bei der Exekutive und bei den Interessengruppen. Daraus resultierte gegen Ende der sechziger Jahre die kompensatorische Forderung nach mehr direkter Demokratie, zunächst für Entscheidungen in den Hochschulen, in weiterer Folge für solche in allen Großinstitutionen, dem Staat, der Großindustrie, vor allem aber – gefördert durch die diversen Schocks – nach Partizipation bei Entscheidungen über bestimmte Technologien, insbesondere Atom- und Gentechnologie; damit sollten, über rein technisch-ingeniurmäßige Risikoeinschätzungen hinaus, auch gesellschaftliche und Langfristaspekte berücksichtigt werden.⁵⁰ Diese Vorstellungen gerieten in scharfen Antagonismus zu denen des Neokonservatismus, die voll auf Unternehmerentscheidungen und Marktkräfte setzen, primär Effizienz- und Wettbewerbsaspekte betonen, den Innovationswettbewerb als treibende Kraft ansehen und die Risikobewertung auf die Einschätzung unmittelbar nachweisbarer Gefahren beschränken möchten. Die Durchsetzung der neokonservativen Ideologie wurde durch die Stagflation der späten siebziger Jahre sowie dadurch massiv gefördert, dass Wachstum und Beschäftigung in den achtziger Jahren in Großbritannien und in den USA tatsächlich günstiger waren als zuvor – wenn auch überwiegend aus anderen Gründen.⁵¹ Die neokonservativen Reformen lösten allerdings zugleich auch die Fehlentwicklung des ‚Kasino-Kapitalismus‘ und der darauf folgenden Stagnation aus. Als Reaktion auf die neokonservative Ideologie und ihre sozialen Folgen sowie die Folgen einer neokonservativ instrumentalisierten Globalisierung⁵² sind die Demonstrationen von Seattle 1999 und in weiterer Folge von Davos, Melbourne, Prag, Washington, Göteborg und Genua zu sehen.⁵³

Zwangsläufig kann keines der beiden antagonistischen Konzepte, weder das partizipativ-nachhaltige noch das neokonservative, voll realisiert werden, was einerseits zu Enttäuschungen auf beiden Seiten, andererseits zu einem unstetigen, verunsichernden Kurs der Wirtschaftspolitik führte, die einmal mehr der einen, einmal mehr der anderen Seite zuneigt. In Österreich lassen sich dafür unzählige Beispiele finden. Erwähnt sei etwa

- die Politik gegenüber der verstaatlichten Industrie, die in den siebziger Jahren erst reagierte, als die Unternehmen in eine tiefe Krise geschlittert waren und die auch heute durch einen unvorhersehbaren Zick-Zack-Kurs geprägt ist;
- die Technologiepolitik, die nicht bloß zyklisch zwischen den Zuständigkeitsbereichen der Ministerien wechselte, sondern auch unter dem permanenten Wechsel der zuständigen Verantwortlichen litt;

- die Steuer- und Budgetpolitik, die, eher pro- als antizyklisch, zwischen konjunktur- und strukturpolitischen Zielen schwankt;
- die Bildungs- wie die Gesundheitspolitik, die von einer bestenfalls partiell realisierten ‚Reform‘ in die nächste schlittern;
- vor allem aber die Pensionspolitik, die zumindest einmal pro Jahr eine bedeutende, endgültige Reform ankündigt, den größeren Teil davon rasch wieder zurücknimmt und auch den Rest bloß teilweise verwirklicht, sodass ihre Wirkung primär darin besteht, die Vorstellung der Betroffenen von einem baldigen, von der Publizistik ohnedies breit kommunizierten, Zusammenbruch des Pensionssystems zu verfestigen.

Zahllose weitere Beispiele ließen sich anführen. Sie alle lassen vermuten, dass falsche und inkonsistente Wirtschaftspolitik einen erheblichen Beitrag zur Verunsicherung der Bevölkerung leistet; sie demonstrieren, dass es erheblichen Bedarf an Reformen gibt, die Wirtschaftspolitik diese aber nicht durchführen kann. Die daraus resultierenden Absicherungsstrategien von Konsumenten und Investoren dämpfen das Wachstum und erhöhen den Reformbedarf weiter. Die Vermutung, dass die europäische Wachstumsschwäche weniger durch überhöhte Sozialabgaben und mangelnde Flexibilität als durch verunsichernde, dem Paradigmenwechsel nicht genügende Wirtschaftspolitik bedingt ist, wird durch einen internationalen Vergleich bestätigt: Wie bereits erwähnt ist die Verunsicherung in den nordischen Staaten Dänemark, Schweden, Finnland und Irland sehr viel schwächer ausgeprägt, und diese Länder wachsen auch deutlich rascher, obwohl (nach Auffassung von IMF, OECD oder EU) bzw. weil (nach Auffassung von Rodrik (1998)) Staatsanteil, Steuerquote und Sozialquote deutlich über dem EU-Durchschnitt liegen. Im Gegensatz zu den großen, langsam wachsenden und durch überdurchschnittliche Verunsicherung geprägten großen EU-Staaten haben sie jedoch keinen ‚Reformstau‘. Sie haben sich den Herausforderungen der Paradigmenwechsel weitgehend gestellt und die unvermeidlichen Reformen in einer sozial verträglichen Weise gelöst.

Anmerkungen

- ¹ Der Begriff ist nicht parteipolitisch zu verstehen und lehnt sich an die Formulierung „Sozialdemokratischer Konsensus“ in Dahrendorf (1979) 147 an.
- ² In den USA liegt der langfristige Zinssatz dank der expansiveren Geldpolitik trotz besserer Konjunkturlage um gut $1\frac{1}{2}\%$ unter dem europäischen, und das Budgetdefizit beträgt $3\frac{1}{2}\%$ (2002) und 5% (2003) des BIP, trotz Staatsschulden (62% des BIP), die kaum niedriger sind als in der EU.
- ³ Aiginger (2003).
- ⁴ Die Emissionen von SO₂ sind in Österreich zwischen 1980 und 1997 trotz des kräftigen Wirtschaftswachstums um 85% und von CO um 40% zurückgegangen, die anderen Emissionen sind etwa gleichgeblieben, bloß diejenigen von N₂O haben um 15% zugenommen.

- ⁵ GfK (2002). Das macht die übliche Argumentation fragwürdig, dass sie jede Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge massiv ablehnen.
- ⁶ 60% der Frauen, 60% der Personen mit Hauptschule als höchste Ausbildung, 64% der einfachen Arbeiter.
- ⁷ In Dänemark sind 64% der Befragten mit ihrem Leben sehr zufrieden und bloß 3% gar nicht, in Schweden 37% bzw. 7%, in Finnland 25% bzw. 9% und in Irland 26% bzw. 10%; in den großen europäischen Staaten Deutschland, Italien und Frankreich ist der Anteil der sehr Zufriedenen hingegen mit 14%, 13% und 12% merklich niedriger und der Anteil der sehr Unzufriedenen mit 21%, 21% und 19% doppelt so hoch wie im Norden; nur in Griechenland und Portugal ist die Bevölkerung noch unzufriedener.
- ⁸ Auch von den deutschen Intellektuellen, die – nach Dahrendorf (1992) 208 – damals zum einzigen Mal in der Geschichte großteils links standen.
- ⁹ Samuelson (1973), 9. Auflage, Kap. 19 oder 41.
- ¹⁰ Tichy (1992).
- ¹¹ Bell (1960); Myrdal (1960).
- ¹² Baier (1977) 137ff.
- ¹³ Naschold (1982) 412.
- ¹⁴ Etwa in Form der zunehmenden Atomproteste ab 1962 oder der Anti-Vietnamkriegs-Bewegung um die Mitte der sechziger Jahre.
- ¹⁵ Etwa Mishan [1967] (1975).
- ¹⁶ „The Club of Rome is an informal, international association, styling itself as an invisible college“ (Hirsch [1976] (1977) 4, Fn.1), sie wurde eher von Außenseitern und – merkwürdigerweise – Industrievertretern (u. a. Fiat und VW) dominiert.
- ¹⁷ Meadows et al. (1972).
- ¹⁸ Forrester (1968). Die Bedeutung dieser Innovation liegt nicht zuletzt darin, dass die systemtheoretische Formulierung des Problems dem dominierenden Trend einer zunehmenden Mikrobasierung mit darauffolgender Aggregation entgegenwirkte, die in einer Zeit zunehmender Bedeutung von System-Interdependenzen, Externalitäten und Positionsgütern immer problematischer wurde, aber unbeschadet dessen zunehmend an Verbreitung gewann. Zur Problematik der angewandten Systemanalyse siehe etwa Nordhaus (1973).
- ¹⁹ Siehe etwa Beckerman (1974); Solow (1974); Olson und Landsberg (1975).
- ²⁰ Mesarović und Pestel (1974).
- ²¹ Hirsch (1977, 2. Aufl.). Als eher merkwürdiger Aspekt sei die im Gefolge des Meadows-Berichts und seiner Metapher des Seerosenteichs auftretende Erkenntnis der Charakteristika exponentiellen Wachstums durch die Medien und eine breite Öffentlichkeit erwähnt. Ähnlich überraschend die liberale Kritik daran: „[D]ie Annahme, dass die Probleme sich exponentiell und nicht nur linear verschlimmern, mag einfachere Gemüter erschrecken, trägt aber wenig zu deren Lösung bei. Wer Grenzen ins Zentrum seiner Analyse rückt, denkt eingleisig. Man kann nur noch vorwärts fahren, scharf bremsen, und den Rückwärtsgang einlegen. ... Tatsächlich schreitet die Geschichte auf andere Weise fort, seitwärts und vorwärts, wie der Springer im Schach vielleicht oder durch Themenwechsel, oder durch neue Angriffsmethoden, die die Grenze von gestern so irrelevant erscheinen lassen wie die Maginotlinie in der Ära des Luftkriegs.“ (Dahrendorf (1992) 186f.).
- ²² Triffin (1960).
- ²³ Etwa Wechselkursbänder oder Bindung an eine andere Währung, wie etwa des Schilling an die D-Mark.
- ²⁴ Seit man sich an die fixen Wechselkurse in der EU (beginnend mit 1979) und den Euro gewöhnt hat, ist in Vergessenheit geraten, dass Währung und Geldwesen in der Vergangenheit streng an staatliche Souveränität geknüpft waren.

- ²⁵ Von einer reduzierten Lohnquote erwartete man stärkere Investitions- und damit Wachstumsanreize.
- ²⁶ Die Tendenz zu stärkerer Regulierung in den ersten drei Vierteln des 20. Jahrhunderts steht in auffallendem Gegensatz zur Liberalisierung in allen anderen Bereichen (Mode, Sexualität, Ästhetik etc.); Vogel (1986) spricht diesbezüglich vom „paradox of reluctant collectivism“.
- ²⁷ Insofern spricht man heute vielfach von „reregulation“ oder „better regulation“.
- ²⁸ Hayek ([1971] (1983) 49) stellte den Bewusstseinswandel schon früh fest: „Schriftsteller, die auf ihren Ruf bedacht sind, wagen es heutzutage kaum, von Fortschritt zu sprechen, ohne das Wort unter Anführungszeichen zu setzen. Das Vertrauen auf den Segen des Fortschritts, das in den letzten zwei Jahrhunderten den fortschrittlichen Denker charakterisierte, gilt heute als Zeichen eines flachen Geistes.“ „[D]ie Ernüchterung ... ist ... nicht ohne Gefahr. In gewissem Sinn ist Zivilisation Fortschritt und Fortschritt Zivilisation.“ (ebd. 50).
- ²⁹ Wirtschaftliche Meerwasserentsalzung, automatische Übersetzung, voll automatisierter Luftverkehr oder atomgetriebene Flugzeuge wurden nach einer RAND-Prognose aus dem Jahr 1964 für die erste Hälfte der siebziger Jahre erwartet, Atomkraft zum Antrieb von PKW und Taschenuhren galt als etwas längerfristiges Vorhaben: (Corn (1986) 24; Schnaars (1991) 116ff.
- ³⁰ Siehe etwa die Industrieunfälle in Seveso (Italien, 1976) und Bhopal (Indien, 1985), die Verschmutzung des Love Canal durch Deponie-Lekagen (USA, 1977), die Atomunfälle in Three Mile Island/Harrisburg (USA, 1979) und Tschernobyl (UdSSR, 1986) oder den Contergan-Schock (1961).
- ³¹ ‚Die Politik‘ beschleunigt sogar das Wettrennen um den raschesten technischen Fortschritt: Die USA setzen voll auf Informations- und Gentechnologie, die EU verpflichtete sich zu dem so genannten Lissabon-Ziel: Europa zur dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Region der Welt zu machen, nachdem der Bangemann-Bericht schon 1991 die Forderung nach einer verstärkten Wettbewerbsfähigkeit Europas übermäßig betont hatte.
- ³² Torgersen et al. (2002) 36, 40.
- ³³ Japp (1992) 176.
- ³⁴ Douglas und Wildavsky (1982).
- ³⁵ V. d. Daele (1991) 15.
- ³⁶ Ebendort 17.
- ³⁷ Siehe etwa „Der Zukunftsschock“ (Toffler 1970), „Wachstumswahn und Umweltkrise“ (Commoner 1971), „Überlebensprognose“ (Vester 1972), „Ein Planet wird geplündert“ (Gruhl 1975), „Wege aus der Wohlstandsfalle“ (Binswanger et al 1978), „Wendezeit“ (Capra 1983), „Frieden mit der Natur“ (Meyer-Abich 1984), „Nulloption“ (Offe 1986), „Risikogesellschaft“ als „Katastrophengesellschaft“ (Beck 1986), „Gegengifte“ (Beck 1989), „Der Niedergang der modernen Welt“ (Sinai 1990), „Zeitalter der Extreme“ (Hobsbawm 1995), aber auch die Phrase von der Arbeitsgesellschaft, der die Arbeit ausgeht.
- ³⁸ Der ausgeprägten Wissenschafts- und Expertengläubigkeit der sechziger Jahre folgte die mindestens ebenso ausgeprägte Skepsis danach; allerdings war diese von einer beachtlichen Popularisierung wissenschaftlicher Information – wenn schon nicht wissenschaftlichen Wissens – begleitet: der Markt der ‚Sachbücher‘ boomte. Innerhalb der Wissenschaft kam es insofern zu einer Spaltung, als vor allem die Sozialwissenschaften, besonders Soziologie und Wissenschaftstheorie, in erheblichem Maße selbstkritisch wurden, ihre Erkenntnisse relativierten, und statt von „wissenschaftlichen Ergebnissen“ lieber von ‚Problemlösungs-Angeboten‘ oder gar nur von ‚Interpretationsangeboten‘ (Beck und Bonß (1984) 389) sprachen; Naturwissenschaften und Technik blieben von derartigen Selbstzweifeln weitgehend unberührt.

- ³⁹ Das Niveau des BIP von 1919 konnte in Österreich erst in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre wieder erreicht werden.
- ⁴⁰ Der Autor hatte diesbezüglich zu Beginn der siebziger Jahre eine Kontroverse mit der neugewählten sozialistischen Regierung, die das Wirtschaftswachstum auf über 5% zu steigern plante, wogegen er Raten über 4% für nicht dauerhaft erzielbar hielt – auch diese aus heutiger Sicht ein ferner Traum. Als primäre Verursachung der Verlangsamung wurde damals die Ölkrise angesehen.
- ⁴¹ Tatsächlich war die Verursachung komplexer: Die durch weltweit gleichzeitige Hochkonjunktur bedingte Übernachfrage löste die Ölkrise aus, die in den Industriestaaten zugleich stark preissteigernd und wachstumsdämpfend wirkte. Die Länder, die – anders als Österreich – über keine einkommenspolitischen Instrumente verfügten, mussten in dieser Situation restriktive Geld- und Fiskalpolitik einsetzen, die zwar die (Öl-)Kosteninflation bloß teilweise verhindern konnte, das Wachstum jedoch erheblich dämpfte, – also Stagflation auslöste.
- ⁴² Hayek [1971] 2 (1983) 328.
- ⁴³ Börsch-Supan (1996).
- ⁴⁴ Barr (2001).
- ⁴⁵ Tichy (1991), Tichy (1997).
- ⁴⁶ Olson (1982).
- ⁴⁷ Hirschmann (1982).
- ⁴⁸ Hirsch [1976] (1977).
- ⁴⁹ Positionsgüter können vielfach gar nicht massenhaft angeboten werden (das einsame Haus im Wald oder am Strand) oder verlieren ihre kennzeichnende Eigenschaft, wenn sie alle haben (PKW).
- ⁵⁰ Seifert (2002).
- ⁵¹ Großbritannien ist insoweit ein Sonderfall, als durch die Revolution von Thatcher tatsächlich wachstumshemmende Strukturen aufgebrochen wurden; in den USA erwies sich die Reagan'sche Steuerpolitik ungewollt als Stimulus im besten keynesianischen Sinn.
- ⁵² Siehe dazu Tichy (1999) und (2003).

Literatur

- Aiginger, K., The importance of labour market reforms to economic growth (=unveröff. Manuskript, Wien 2003).
- Baier, H., Herrschaft im Sozialstaat. Auf der Suche nach einem soziologischen Paradigma der Sozialpolitik, in: Ferber, Kaufmann (1977) 128-42.
- Barr, N., The welfare state as piggy bank: Information, risk, uncertainty and the role of the state (Oxford 2001).
- Bauer, M. W.; Gaskell, G. (Hrsg.), Biotechnology. The making of a global controversy (Cambridge 2002).
- Bechmann, G.; Rammert, W., Großtechnische Systeme, Risiko und gesellschaftliche Steuerung (=Technik und Gesellschaft, Jahrbuch 6, Frankfurt 1992).
- Beck, U.; Bonß, W., Soziologie und Modernisierung. Zur gesellschaftlichen Ortsbestimmung der Verwendungsforschung, in: Soziale Welt 35 (1984) 381-406.
- Beck, U., Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne (Frankfurt 1986).
- Beck, U., Gegengifte. Die organisierte Unverantwortlichkeit (Frankfurt 1988).
- Beckerman, W., In defense of economic growth (London 1974).
- Bell, D., The end of ideology (Glencoe 1960).
- Berger, J. (Hrsg.), Die Moderne – Kontinuitäten und Zäsuren (=Soziale Welt, Sonderband 4, Göttingen 1986).
- Binswanger, H. C.; et al., Der NAWU-Report (Frankfurt 1978).

- Boegenhold, D. (Hrsg.), Unternehmensgründung und Dezentralität (Opladen, Wiesbaden 1999).
- Börsch-Supan, A., Demographie, Arbeitsangebot und die Systeme der sozialen Sicherung, in: Siebert, H. (Hrsg.), Sozialpolitik auf dem Prüfstand (Tübingen 1996).
- Capra, F., Wendezeit (Bern et al. 1983).
- Commoner, B., Wachstumswahn und Umweltkrise (Gütersloh 1973; amerik. Original: The common circle, 1971).
- Corn, J. J., Imagining tomorrow. History, technology, and the American future (Cambridge, Mass., London 1986).
- Crozier, M.; et al., The crisis of democracy (New York 1975).
- Daele, v. d., W., Risiko-Kommunikation: Gentechnologie, in: Jungerman et al. (1991) 11-61.
- Dahrendorf, R., Lebenschancen. Anläufe zur sozialen und politischen Theorie (Frankfurt 1979).
- Dahrendorf, R., Der moderne soziale Konflikt (Stuttgart 1992).
- Douglas, M.; Wildavsky, A., Risk and culture: An essay on the selection of technical and environmental dangers (Berkeley 1982).
- Eurobarometer 54.2, The social situation in the European Union (Februar 2001).
- Eurobarometer 58, Public safety, exposure to drug-related problems and crime (Herbst 2002).
- Ferber, Ch. v.; Kaufmann, F. X. (Hrsg.), Soziologie und Sozialpolitik (=Sonderheft 19 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Opladen 1977).
- Forrester, J., Urban Dynamics (Cambridge, Mass., 1968).
- Forrester, J. W., World Dynamics (Cambridge, Mass., 1971).
- Friedman, M., A program for monetary stability (New York 1959).
- GfK (Gesellschaft für Sozialforschung), Ergebnis-Highlights der Lifestyle-Studie 2002 (=mimeo 2002).
- Gruhl, H., Ein Planet wird geplündert (Frankfurt 1989; 1. Auflage 1975).
- Habermas, J., Die neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V (Frankfurt 1985).
- Hayek, F. A., Die Verfassung der Freiheit (Tübingen 1983; engl. Originalfassung: The constitution of liberty, London 1960).
- Hirsch, F., Social limits to growth (London, Henley 1977; 1. Auflage 1976).
- Hirschmann, A. O., Shifting involvements: Private interest and public action (Princeton 1982).
- Hobsbawm, E., The age of extremes (London 1995).
- IMAS, An der Schwelle der Zeitenwende: Rückschau auf die Lasten und Wunden des 20. Jahrhunderts (=IMAS-Report 18, Wien, November 1999).
- IMAS, Probleme des technischen Wandels: 54% klagen: Das Tempo des Fortschritts ist zu hoch (=IMAS-Report 1, Wien, Jänner 2001).
- IMAS, Der Sympathiewert von Begriffen: Die Minusworte der Österreicher: Kernenergie, Genforschung, Streiks (=IMAS-Report 1, Wien, Jänner 2002a).
- IMAS, Kritischer Blick auf die Freizeitgesellschaft: Freizeitbesitz wurde größer, Freizeitnutzung aber passiver (=IMAS-Report 19, Wien, Oktober 2002b).
- Japp, K. P., Mehr Sicherheit durch Technik?, in: Bechmann, Rammert (1992) 175-91.
- Jungermann, H.; et al. (Hrsg.), Risikokontroversen. Konzepte, Konflikte, Kommunikation (Berlin 1991).
- Mantl, W. (Hrsg.), Politik in Österreich. Die Zweite Republik: Bestand und Wandel (Wien 1992).
- Meadows, D.; Meadows, D.; Zahn, E.; Milling, P., Limits of growth (New York 1972).
- Mesarovi, M.; Pestel, E., Mankind at the turning point (New York 1974).

- Meyer-Abich, K. M., Frieden mit der Natur (München 1984).
- Mishan, E. J., The cost of economic growth (Harmondsworth 1975; 1. Auflage 1967).
- Mommsen, W. J. (Hrsg.), Die Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Großbritannien und Deutschland 1850-1950 (Stuttgart 1982).
- Mundell, R., A theory of optimum currency areas, in: American Economic Review 51 (1961) 657-65.
- Myrdal, G., Beyond the welfare state (London 1960).
- Naschold, F., Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates, in: Mommsen (1982) 404-15.
- Offe, C., Die Utopie der Null-Option, in: Berger (1986) 97-117.
- Olson, M.; Landsberg, H. H. (Hrsg.), The no-growth society (London 1975).
- Olson, M., The rise and decline of nations (New Haven 1982).
- Rodrik, D., Why do more open economies have bigger governments?, in: Journal of Political Economy 106/5 (1998).
- Samuelson, P. A., Economics (Tokyo et al. 1973).
- Schnaars, St. P., Musterbeispiele für Markt-Fehlprognosen und wie man sie vermeiden kann (Landsberg/Lech 1991).
- Seifert, F., Gentechnik – Öffentlichkeit – Demokratie. Der österreichische Gentechnik-Konflikt im internationalen Kontext (=Manuskript, 2002).
- Sinai, I. R., The human drama (New York 1990).
- Solow, R. M., The economics of resources or the resources of economics, in: American Economic Review 64/2 (1974) 1-14.
- Steiner, M. (Hrsg.), Competence clusters (=Workshop report, Graz 1997).
- Strange, S., Casino Capitalism (Oxford 1986).
- Tichy, G., The product cycle revisited: Some extensions and clarifications, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 111/1 (1991) 27-54.
- Tichy, G., Wirtschaft und Wirtschaftspolitik, in: Mantl (1992) 707-22.
- Tichy, G., Are today's clusters problem areas of tomorrow?, in: Steiner (1997) 94-100.
- Tichy, G., Firmengröße und Globalisierung – Zur unveränderten Bedeutung der Wettbewerbspolitik, in: Boegenhold (1999) 127-43.
- Tichy, G., Wirtschaftsverfassung als Wettbewerbsinstrument – Zum beginnenden Wirtschaftskrieg mit den USA, in: Weinzierl (2003) 15-50.
- Toffler, A., The future shock (New York 1979; 1. Auflage 1970).
- Torgersen, H., et al., Promise, problems and proxies: twenty-five years of debate and regulation in Europe, in: Bauer, Gaskell (2002) 21-94.
- Triffin, R., Gold and the Dollar crisis: The future of convertibility (New Haven 1960).
- Vester, F., Ausfahrt Zukunft (München 1972).
- Vogel, D., National styles of regulation (Ithaca et al. 1986).
- Weinzierl, R. (Hrsg.), Hegemonie des American Way of Life oder europäischer Weg? (Wien 2003).

Zusammenfassung

Die Kommission der EU führt die Stagnation der europäischen Wirtschaft vor allem auf überhöhte Sozialausgaben und zu geringe Flexibilität zurück. Nun ist nicht zu leugnen, dass gerade die großen europäischen Staaten die Periode raschen Wirtschaftswachstums, in der sie einen erheblichen Teil ihres Produktivitätsrückstands gegenüber den USA aufholten, nicht zu einer Anpassung von Sozialsystemen und Regulierung an die neuen Bedingungen des vervielfachten Wohlstands nutzten; der daraus resultierende Reformstau ist aber bloß eine, keinesfalls die wichtigste und bloß indirekte Ursache der europäischen Stagnation. Die wichtigsten Ursachen sind zweifellos die falsche, zu restriktive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sowie die kontraproduktive Maastricht-Regelung,

die die Staaten zu einer prozyklischen Fiskalpolitik zwingt; die Schwächen der europäischen F&E-Politik dürfen gleichfalls nicht übersehen werden. In dem Beitrag wird eine weitere wichtige Erklärung, die ‚Neue Unsicherheit‘, aufgezeigt und deren Verursachung untersucht.

**Reihe
„Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen
der AK-Wien“**

Band 1: „Der Wandel des wirtschaftspolitischen Leitbildes seit den siebziger Jahren“, hrsg. von Günther Chaloupek und Michael Mesch, 198 Seiten, € 21,66.

Band 2: „Die Zukunft des Wohlfahrtsstaates“, hrsg. von Günther Chaloupek und Bruno Rossmann, 114 Seiten, € 14,39.

Band 3: „Faktorproduktivität im internationalen Vergleich – Belgien, Deutschland, Niederlande, Österreich und Schweden“, von Franz R. Hahn, Wolfgang Gerstenberger, Willem Molle und F. J. Meyer zu Schlochtern, 114 Seiten, € 14,39.

Band 4: „Die Beschäftigungsentwicklung im Dienstleistungssektor“, hrsg. von Günther Chaloupek und Michael Mesch, 110 Seiten, € 14,39.

Band 5: „Kapitalismus im 21. Jahrhundert.“ Ein Survey über aktuelle Literatur, hrsg. von Günther Chaloupek und Thomas Delapina, 88 Seiten, € 14,39.

Band 6: „Finanzausgleich – Herausforderungen und Reformperspektiven“, hrsg. von Bruno Rossmann, 142 Seiten, € 22,-.

Band 7: „Wirtschaftspolitische Koordination in der Europäischen Währungsunion“, hrsg. von Silvia Angelo und Michael Mesch, 138 Seiten, € 20,-.

Die Reihe erscheint im LexisNexis Verlag ARD Orac, 1030 Wien, Marxergasse 25, Tel 01/534 42-0, Fax 01/534 52-140, e-mail: verlag@lexisnexus.at